

stattung und Angebot ansprechen können. Für diese *Professionalisierung* muß Unterstützung und Beratung organisiert werden. Gleichzeitig wird das Angebot fair gehandelter Waren mit TransFair-Siegel im „normalen“ Lebensmitteleinzelhandel zunehmen; noch für den Herbst 1996 ist beispielsweise die Einführung des TransFair-Siegels für Honig geplant. Hier und da wird es Fairhandels-Läden geben, die nicht im Besitz eines Vereins sind, sondern eine Einkommensmöglichkeit für einen oder mehrere Eigentümer schaffen. Einige solcher Läden gibt es bereits jetzt.

Auch produktbezogen wird es schrittweise Änderungen geben: Der Trend geht hin zu einem weniger umfangreichen (und damit aufwendigen) Angebot *handwerklicher Produkte* bei der gepa. Gleichzeitig nimmt der Verarbeitungsgrad der angebotenen Lebensmittel zu, um den Verbrauchergewohnheiten besser gerecht werden zu können. Auch werden die partnerbezogenen Leistungen der Aktion Dritte-Welt-Handel intensiviert: Als Trainings- und Informationsprogramm wurde bereits ein Fair-Trade-Marketing-Programm entwickelt, das der *Qualifizierung der Handelspartner* dienen soll. Ein weiteres neues *Programm zur Anschubförderung von Produktionsbetrieben* soll die systematische Hilfe für

neue Partner beinhalten. Erwogen wird auch eine Ergänzung des Handels um das Angebot an *Dienstleistungen* der Partner. Das Stichwort dazu heißt „Fair Travel“.

Überdies wird die Informations- und Bildungsarbeit im Rahmen des Fairen Handels intensiv weitergeführt werden. Zu den bisher bereits engagierten Organisationen kommt neuer Fair Trade e.V. hinzu, der auch einen Teil der bislang von der gepa geleisteten Arbeit übernimmt. Auch wird es neue Kampagnen geben, die sich auf konkrete Waren oder politische Sachthemen (wie etwa Sozialklauseln im Welthandel) beziehen. Bislang gesammelte Erfahrungen können dazu nutzbringend eingesetzt werden.

Alle hier beschriebenen Trends für die künftige Arbeit setzen allerdings voraus, daß es wie bisher eine *breite Basis für diese Arbeit* gibt. Der Erfolg des Fairen Handels auch im kommenden vierten Jahrzehnt seines Bestehens hängt wie bisher schon davon ab, daß es viele engagierte Menschen gibt, die sich dieses Anliegen zu eigen machen und bereit sind, den Einsatz für mehr weltweite Gerechtigkeit konkret werden zu lassen. Die bisherige Entwicklung des Fairen Handels gibt allerdings berechtigten Anlaß zu dieser Hoffnung.

Stephan Stricker

Land im Umbruch

Indien in einer Zeit der Veränderungen

In den vergangenen Jahren hat Indien seine Wirtschaftspolitik grundlegend liberalisiert. Politisch durchlebt das nach China bevölkerungsreichste Land der Erde derzeit eine instabile Phase, nach Jahrzehnten der Dominanz der Kongreßpartei. Für die in viele Konfessionen und Riten gespaltene christliche Minderheit steht heute vor allem das Problem der „Dalit“, der im indischen Kastensystem Unterprivilegierten, auf der Tagesordnung.

Indien steht knapp ein Jahr vor der Fünfzigjahrfeier seiner Unabhängigkeit, die es 1947 gewann. Mit etwa 940 Millionen Einwohnern ist die Bevölkerung Indiens so groß wie die Nord-, Mittel- und Südamerikas plus Japan zusammengekommen. 77 Prozent der Inder leben immer noch auf dem Land. In den drei Megastädten Bombay, Kalkutta und New Delhi konzentrieren sich Ausbildungsstätten, Wirtschaft, Verkehr, Handel und Kultur; 45 Prozent der Einkommensteuer wird in diesen drei Städten erwirtschaftet.

Trotz ständiger Bemühungen um Familienplanung und Geburtenkontrolle hat sich die *Wachstumsrate der Bevölkerung* nur wenig senken lassen und konnte das Wachstum der Bevölkerung in den letzten 40 Jahren nicht aufgehalten werden. Die Zunahme liegt inzwischen nicht mehr in erster Linie an der Geburtenrate, sondern an der durch bessere Ernährung und ärztliche Versorgung stark gesenkten Sterberate und der damit gestiegenen Lebenserwartung. Die gewaltsamen Sterilisierungskampagnen der Regierung in den

60er und 70er Jahren haben die Familienplanung in Mißkredit gebracht. Die indische Regierung hat ihre Prognose, daß im Jahr 2000 die Parität zwischen Geburten- und Sterberate erreicht sein würde, inzwischen revidiert und nennt jetzt einen Zeitraum zwischen 2011 und 2016.

Eine radikale Kehrtwendung in der Wirtschaftspolitik

Die offizielle kirchliche Position zur Geburtenkontrolle, wie sie durch die zahlreichen päpstlichen Lehrschreiben und durch andere Initiativen für eine verantwortliche Elternschaft immer wieder dargestellt wird, wird nach Ansicht der indischen Bischöfe von den Katholiken des Landes nicht innerlich angenommen und auch nicht praktiziert. Die Bischöfe räumten bei ihrer letzten nationalen Konferenz im

Februar 1996 ein, daß die offizielle Kirchenposition unpopulär geblieben ist: Das Ideal der verantwortlichen Elternschaft und die natürliche Geburtenkontrolle werde nur dann die Unterstützung der Gläubigen finden, wenn sie auch auf die sozialen und psychologischen Ursachen bezogen würden, die das eigentliche Problem der Geburtenkontrolle in Indien ausmachten.

Mit dem 1991 begonnenen neuen Wirtschaftskurs unter dem bis Mai 1996 amtierenden Ministerpräsident *Narasimha Rao* hat Indien seine bisherige Autarkiepolitik aufgegeben und sich dem globalen Markt geöffnet. Die Abwendung von einer sozialistischen Wirtschaftspolitik wurde von vielen Indern, nicht zuletzt von Aktionsgruppen, indischen Befreiungstheologen und vielen anderen, als Ausverkauf indischer Werte und Übernahme einer dekadenten kapitalistischen Wert(un)ordnung verteufelt. Durch den Abbau von Staatsmonopolen, die weitgehende Liberalisierung des Imports von Kapitalgütern und die Ermöglichung von ausländischer Kapitalbeteiligung bis zu hundert Prozent hat Indien in der Wirtschaftspolitik eine radikale Kehrtwendung vollzogen.

Die Wirtschaft Indiens ist zwar nicht ganz in der Größenordnung der chinesischen gewachsen, hat sich aber in den letzten Jahren mit Steigerungsraten um fünf bis sechs Prozent doch quantitativ positiv entwickelt. Indien hat es zur Nummer sechs in der Rangliste der Weltwirtschaft gebracht. Mit vier Millionen akademisch und technisch ausgebildeten Menschen nimmt Indien in der Welt nach den USA und Rußland die dritte Stelle ein. Allerdings hatte das Land bis in die Gegenwart hinein immer wieder große Verluste an hochqualifizierten Fachleuten durch Emigration ins Ausland. Einen besonders hohen Standard hat Indien auf dem Gebiet der modernen Kommunikationsmittel erreicht. Die in Indien entwickelte Computersoftware ist mittlerweile ein bedeutsamer Exportartikel des Landes.

Weiterhin große Armut

Trotz vieler positiver wirtschaftlicher Entwicklungen herrschen weiterhin große Armut und eine unausgewogene Verteilung des Reichtums. Der Anteil der unter dem Existenzminimum lebenden Inder wird immer noch mit fast 50 Prozent angegeben. Dies kontrastiert mit der anderen statistischen Zahl, nach der 200 Millionen Inder zum Mittelstand – nach europäischem bzw. nordamerikanischem Standard – gehören, einer in ihrer Größenordnung wiederum beeindruckende Zahl. Auch in der Landwirtschaft konnten Erfolge erzielt werden: Das Getreideimportland Indien konnte in den letzten Jahren sogar Reis und Weizen ausführen. Behindert wird die wirtschaftliche Entwicklung jedoch generell durch die Mängel der Infrastruktur im Verkehr, der Telekommunikation und der Energieversorgung. Erstaunlich ist, daß diese Entwicklungen von den westlichen Wirtschaftsmächten sowohl Europas wie Nordamerikas nur am Rande wahrgenommen werden und sich die Aufmerksamkeit viel

stärker und einseitiger auf die Volksrepublik China richtet. Und dies trotz der Tatsache, daß bei allen Schwächen in der Gesamtentwicklung Indiens seit der Unabhängigkeit im Jahr 1947 das demokratische System weitgehend funktionierte, es in Indien nie einen Militärputsch oder eine Militärdiktatur gegeben hat und das System einer unabhängigen Gerichtsbarkeit beachtet wurde.

Eigentlich müßte Indien mit seinen dem Westen verpflichteten Wertvorstellungen ein umgänglicherer Partner für Europa und die USA sein. Beim Gipfeltreffen der Länder der Europäischen Union mit den ASEAN-Staaten in Bangkok Anfang März 1996 waren zwar Japan, Korea und die Volksrepublik China vertreten, Indien jedoch war nicht mit von der Partie. Dies ist bezeichnend für die gegenwärtige Isolierung Indiens, das sich in der Zeit des Kalten Krieges auf die Sowjetunion als Partner gestützt hatte und das nach den politischen Umwälzungen immer noch dabei ist, sein Verhältnis sowohl zu Europa und den USA wie auch zu den anderen asiatischen Staaten neu zu ordnen. Gegenüber China hat Indien den Nachteil, zeitlich später mit der wirtschaftlichen Öffnungspolitik begonnen zu haben.

Seit einigen Monaten beschäftigte der sog. *Hawala-Skandal* die innenpolitische Diskussion und weitgehend den Wahlkampf in Indien. Ende Februar 1996 wurden gegen zehn führende Politiker der Regierungs- und der Oppositionsparteien Haftbefehle ausgestellt. Unter ihnen befanden sich auch vier ehemalige Minister der Regierung *Narasimha Rao*. Da jedoch auch Haftbefehl gegen den führenden Oppositionspolitiker *Advani*, den Vorsitzenden der *Bharatiya Janata Partei* (BJP), ergangen war, konnte die fundamentalistische Hindu-Oppositionspartei nicht recht von dem Skandal profitieren. Bei der Affäre ging es um das Waschen von durch dubiose Geschäfte im Inland erworbenen Geldern durch sog. *Hawala* oder Vertrauensmänner, die indische Rupien am Fiskus vorbei in ausländische Devisen umtauschen. Es ist ein Verdienst der Richter am Obersten indischen Gerichtshof, daß diese Affäre jetzt juristisch aufgearbeitet werden konnte.

Begonnen hatte alles vor mehr als vier Jahren, als die oberste Polizeibehörde Indiens, das *Central Bureau of Investigation* (CBI), auf die Unregelmäßigkeiten aufmerksam wurde, die Angelegenheit aber – ob auf höhere Weisung, ist nicht sicher – nicht weiter verfolgte, sondern zu unterdrücken versuchte. Journalisten brachten die Vorgänge dann aber ans Licht und konnten erreichen, daß der Oberste Gerichtshof sich des Falles annahm und inzwischen gegen 25 Beteiligte Anklage erhoben hat.

Die Anklage stützt sich im wesentlichen auf das Tagebuch eines dieser *Hawala*-Händler, der diverse Transaktionen in der Höhe von etwa 30 Millionen DM mit den dazugehörigen Namen festgehalten hat. Sie geht davon aus, daß es sich hier nur um die Spitze eines Eisberges handelt, und daß andere Zwischenhändler mit erheblich größeren Summen im gleichen Geschäft tätig gewesen sind. In die dunklen Geschäfte der indischen Politiker mit Schmugglern, Mafiosi und Gewaltverbrechern sind auch ausländische Firmen verwickelt,

die sich mit Schmiergeldern ungerechtfertigte Vorteile zu verschaffen suchten. Der einzig positive Aspekt an dieser Affäre ist, daß das Prinzip der unabhängigen Gerichte sich bisher erstaunlich gut bewährt hat. Der Oberste Gerichtshof hat eine Anordnung erlassen, die Exekutive und Polizeiapparat untersagt, ohne ausdrückliche richterliche Genehmigung Verfahren einzustellen oder zu unterdrücken. Diese und andere Aktivitäten, Anordnungen und Urteile des Obersten Gerichtshofes lassen diese Institution in den Augen der indischen Bevölkerung als die einzige glaubwürdige Behörde und als Garant für die Demokratie im Land erscheinen, wie Umfragen belegen. Am untersten Ende der Beliebtheitskala rangiert demgegenüber das Parlament, womit einiges über das Ansehen der Politiker gesagt ist.

Ein lustloser Wahlkampf

Die große Frage bei den in drei Etappen zwischen dem 27. April und 7. Mai 1996 abgehaltenen Wahlen zum indischen Unterhaus (*Lok Sabha*), war, ob es der Bharatiya Janata Party (BJP), der Partei der hinduistischen Nationalisten, gelingen würde, die absolute oder zumindest die relative Mehrheit zu erringen, und sie damit in die Lage versetzt würde, ihr Programm der Abkehr vom säkular geprägten demokratischen System in Indien durchzuführen. Dieses System beinhaltet nach der indischen Verfassung den Schutz und die Gleichbehandlung der verschiedenen Religionsgemeinschaften sowie den Verzicht auf die Erklärung einer bestimmten Religion zur Staatsreligion.

Das Programm der BJP sieht dagegen vor, die Vorherrschaft der hinduistischen Bevölkerung über die religiösen und ethnischen Minderheiten festzuschreiben. Die BJP setzt sich für die sog. *Hindutva* ein, ein politisches Programm, das von *V. D. Savarkar* in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts geprägt wurde. Demzufolge ist jeder, der in Indien geboren ist, ohne Rücksicht auf seine Kasten- und Religionszugehörigkeit, als Hindu zu betrachten. Mit 82,6 Prozent Anteil an der Bevölkerung sind die Hindus die mit Abstand stärkste Religionsgemeinschaft in Indien, gefolgt von den Muslimen, die auf 11,35 Prozent kommen. Die Christen mit 2,43, die Sikhs mit 1,96, Buddhisten mit 0,74 und die Jains mit 0,46 Prozent sind dagegen relativ kleine Minderheitengruppen.

Spätestens seit den Ausschreitungen um die Moschee in Ayodhya im Dezember 1992, die von hinduistischen Fanatikern zerstört wurde, um Platz für den Bau eines dem Gott Rama geweihten Hindu-Tempels zu machen und bei denen die BJP eine ziemlich unrühmliche Rolle als Aufhetzer der Volksmassen gespielt hat, sind die Zweifel an der demokratischen Verlässlichkeit dieser Partei stark gewachsen. Die Geschehnisse von Ayodhya werden allgemein als eine wichtige Zäsur gesehen, als grundsätzliche Herausforderung an die fortdauernde Gültigkeit des Prinzips des Säkularismus als Grundlage des Zusammenlebens von mehreren Religionen und Weltanschauungen in Indien. Die religiösen Min-

derheiten in Indien sehen die Gültigkeit der von der Verfassung garantierten Religionsfreiheit durch die Bemühungen, Indien zu einem hinduistischen Staat zu machen, ernsthaft gefährdet. Für die BJP hat sich die Kampagne zur Zerstörung der Babri-Moschee in Ayodhya bisher jedoch eher als Pyrrhussieg erwiesen. Die Mehrheit der indischen Wähler wurde durch den radikalen Kurs der Partei eher verschreckt als angezogen. Deshalb hat die BJP ihre Strategie modifiziert und gab sich während des diesjährigen Wahlkampfes zum Parlament eher moderat.

Wahlen in Indien, in der mit 590 Millionen Wahlberechtigten stolz oder auch ironisch „größten Demokratie der Welt“ genannten Republik, sind ein gigantisches Unternehmen. In diesem Jahr hatte es die staatliche Wahlkommission mit rigorosen Vorgaben für die Höhe der den einzelnen Parteien für den Wahlkampf erlaubten finanziellen Mittel geschafft, die Zahl der Wahlveranstaltungen, die Menge der Wahlplakate und der auf Autos montierten Lautsprecher klein zu halten. Die Mitglieder der nationalen Wahlkontrollkommission unter der Leitung von *T. N. Seshan* waren während des Wahlkampfes häufiger in den Medien zu sehen als die Kandidaten der Parteien. Der Wahlkampf war denn auch eine eher müde und lustlose Veranstaltung: Es schien, als ob den Politikern der verschiedenen Parteien selber deutlich geworden war, wie sehr die Bevölkerung die Extravaganzen und Skandale der politischen Klasse leid war.

Besonders deutlich war diese Verunsicherung den Veranstaltungen der Kongreßpartei anzumerken. Ihre Gallionsfigur, Ministerpräsident Rao, vermochte zu keiner Zeit, vom Amtsbonus zu profitieren. Hinzu kam, daß die Mehrzahl der Inder durch die in den letzten Monaten bekannt gewordenen Korruptionsskandale am politischen Geschäft weitgehend den Geschmack verloren hat. Die Korruption betraf sicher in erster Linie die regierende Kongreßpartei, erfaßte aber auch hinreichend Mitglieder der anderen Parteien, so daß sich der Eindruck verstärkte, alle Politiker Indiens seien mehr oder weniger korrupt. Die Konsequenz bestand für ca. 40 Prozent der Wahlberechtigten darin, überhaupt nicht zur Wahl zu gehen. Andere konnten sich nur schwer entscheiden, welche Partei das „kleinere Übel“ darstellte.

So übereinstimmend in Presse und öffentlicher Meinung auch festgehalten wurde, daß die Kongreßpartei durch die langen Jahre der Macht durch und durch korrupt und verfault sei, so bot die Alternative, an ihrer Stelle die *Bharatiya Janata Party* (BJP) zu wählen, auch nur wenig Anreiz, weckte dafür aber viele Befürchtungen. Wählerbefragungen machten deutlich, daß die Menschen an der Basis, sofern sie noch Erwartungen an die Politiker hatten, von ihnen in erster Linie eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhofften, also ausreichende Versorgung mit Trinkwasser, Elektrizität, Erziehungseinrichtungen und den Bau von Straßen. Die von Politikern der BJP hochgespielten ideologischen Anliegen, wie der Bau des Hindu-Tempels in Ayodhya oder der Stop der Schlachtung von Rindern, spielten dagegen für die Mehrheit keine herausragende Rolle.

Die indischen Bischöfe hatten im Vorfeld der Wahlen Richtlinien veröffentlicht, in denen sie auf die Verpflichtung der Katholiken hinwiesen, sich an den Wahlen zu beteiligen. Sie betonten, daß den Katholiken die Wahl jeder Partei und jedes Kandidaten freistünde, die sich in ihren Programmen nicht gegen die katholische Soziallehre richteten. Positiv gesehen sollten die Katholiken Kandidaten unterstützen, die sich für den Schutz des Lebens, die Bewahrung der Schöpfung, für die Armen und Entrechteten, besonders die Dalit, einsetzten und eine strukturelle Reform des indischen Staates betrieben. Erstmals hatte auch die *Jamaat-e-Islami Hind*, die Vereinigung der fundamentalistisch ausgerichteten islamischen Organisationen in Indien, ihre Anhänger aufgefordert, sich an den Parlamentswahlen zu beteiligen und Kandidaten zu unterstützen, die für die Beibehaltung des religiösen Pluralismus und gegen die Einführung einer einseitigen Bevorzugung der Hindus – gemeint war die Hindutva-Politik der BJP – einträten. Damit hatte die Jamaat ihre bisherige Position revidiert, nach der demokratische Wahlen als unislamisch verworfen wurden.

Wie lange kann sich die Regierung Gowda halten?

Der Ausgang der Wahlen hat am Ende kaum noch jemanden überrascht. Die Kongreßpartei erhielt die von allen Beobachtern vorausgesagte Quittung für die langjährige Arroganz der Macht und die sie in den letzten Jahren begleitenden und immer unerträglicher werdenden Korruptionsskandale. Sie errang 136 Sitze im 534 Abgeordnete starken Unterhaus und erhielt 28 Prozent der Stimmen. Das macht sie auf nationaler Ebene immer noch zur stärksten politischen Kraft im Lande. Denn auf der anderen Seite hat die BJP ebenfalls nur eingeschränkt ihre Wahlziele erreicht. Sie wurde mit 160 Abgeordneten zwar die stärkste Kraft im indischen Unterhaus, verfehlte aber, selbst unter Hinzurechnung der mit ihr verbündeten Parteien mit 194 Sitzen, deutlich die absolute Mehrheit. Der Stimmenanteil der BJP blieb im Vergleich zur Wahl von 1991, als sie auf 20,9 Prozent kam, 1996 mit 21 Prozent fast unverändert. An dritter Stelle kam das Bündnis der Nationalen Linken Front mit 110 Sitzen. Ein vierter kleinerer Block, bestehend aus 58 Abgeordneten der regionalen Parteien und 36 unabhängigen Abgeordneten, spielt für mögliche Koalitionen mit den anderen größeren Parteiblöcken eine, wie sich herausstellte, wichtige Rolle.

Das erste Ergebnis der ansonsten unentschiedenen Wahlen war zunächst nur der Rücktritt der Regierung Narasimha Rao. Es überraschte in politischen Kreisen, daß Rao trotz seiner deutlichen Wahlniederlage als Vorsitzender der Kongreßpartei bestätigt wurde, womit ein grundsätzlicher Neuanfang der weitgehend abgewirtschafteten „Großen Alten Partei“ Indiens fürs erste verhindert zu sein scheint. Der von Präsident *S. D. Sharma* zunächst mit der Regierungsbildung

beauftragte *Atal Behari Vajpayee* brachte zwar eine von der BJP geführte Regierung zustande, die aber schon nach nur zwölf Tagen am 28. Mai zurücktrat, weil deutlich wurde, daß sie im Unterhaus keine Mehrheit auf sich würde vereinigen können. Ministerpräsident Vajpayee wurde zwar über die Parteigrenzen hinweg bestätigt, daß er eine honorige Gestalt unter indischen Politikern darstelle, der durch seine Bildung, Eloquenz und parlamentarische Arbeit seit langer Zeit hohes Ansehen genießt; ausschlaggebend für das Scheitern der von ihm geführten Regierung war aber das Mißtrauen, das man den politischen Zielen der BJP entgegenbrachte.

Es hat sich gezeigt, daß die BJP gegenwärtig zumindest auf nationaler Ebene noch nicht in der Lage ist, andere politische Richtungen zur Mitarbeit zu bewegen, weil ihr eigenes Programm trotz einiger Korrekturen immer noch zu einseitig den Charakter einer hinduistischen, chauvinistischen und fundamentalistischen Gruppe trägt. Für die Wirtschaft blieb unklar, welchen Kurs eine von Vajpayee geführte Regierung der BJP in der Frage einer Fortführung der Liberalisierung des indischen Marktes steuern würde. Während des Wahlkampfes hatten Kandidaten der BJP auf der einen Seite betont, daß eine Umkehrung der liberalen Wirtschaftspolitik für sie nicht in Frage käme. Auf der anderen Seite gab es aber Stimmen innerhalb der BJP, die sich gegenüber indischen Unternehmern, die durch die Liberalisierung ihre für sie reservierten bisherigen Märkte gefährdet sahen, für weitgehende Einschränkungen der Investitionsmöglichkeiten für ausländisches Kapital aussprachen.

Nach dem Rücktritt der kurzlebigen Regierung der BJP unter Vajpayee wurde der Führer der neu formierten *Nationalen Linken Front* – ein Bündnis aus der ursprünglich Nationalen Linken Front, erweitert um einige weitere regionale Parteien und Splittergruppen – *H. D. Deve Gowda* mit der Regierungsbildung betraut und am 1. Juni als Ministerpräsident vereidigt. Selbst in Indien ist Deve Gowda national ein eher unbekannter Politiker. Bei der Wahl zum Unterhaus hatte er nicht einmal kandidiert, so daß er innerhalb von sechs Monaten ein Unterhausmandat erringen muß, sollte er als Ministerpräsident im Amt bleiben wollen. Als Regionalpolitiker und bisheriger Chefminister des Teilstaates Karnataka genießt er hohes Ansehen, da es ihm gelungen ist, in seinem Heimatstaat für wirtschaftliches Wachstum zu sorgen und dessen Hauptstadt Bangalore zu einem Zentrum der stark expandierenden indischen Computerindustrie zu machen. Deve Gowda war lange Jahre Mitglied der Kongreßpartei, bis er sich vor einigen Jahren der *Janata Dal*, einer eher links gerichteten Volkspartei, anschloß.

Inwieweit Gowda in der Lage sein wird, das etwas amorphe Bündnis von dreizehn Parteien, das ideologisch von Mitte links bis zu ideologisch verbohrteten Marxisten reicht, zu einer handlungsfähigen Koalition zusammenzufügen, wird eher skeptisch beurteilt. Zünglein an der Waage wird die Kongreßpartei sein, ohne deren aktive Unterstützung die Vereinigte Front, die zusammen nur über 177 Stimmen verfügt, keine Mehrheit im Parlament haben wird. Sie hat zugesagt,

eine Regierung Gowda im Parlament zu stützen, solange diese die wirtschaftliche Reformpolitik der Regierung Rao fortsetze. Schon jetzt ist allerdings deutlich, daß die Fortführung der bisherigen liberalen Wirtschaftspolitik innerhalb der in der Koalition der Nationalen Front vereinigten sozialistisch bis marxistischen Parteien sehr umstritten sein wird.

Politische Beobachter sehen hier schon eine mögliche Bruchstelle für die Zusammenarbeit. Haben doch einige der jetzt die Koalition mittragenden Parteien in ihrem Wahlkampf für eine Wiedereinführung der alten sozialistischen Wirtschaftspolitik plädiert. Immerhin ist es der Regierung Gowda gelungen, die erste parlamentarische Hürde zu nehmen und bei der Vertrauensabstimmung im indischen Unterhaus am 12. Juni eine Mehrheit hinter sich zu bringen. Trotz dieses Erfolges wird allgemein davon ausgegangen, daß die jetzige Regierung nur eine Übergangsregierung sein wird, die letztlich nicht mehr zustande bringen wird, als möglicherweise schon Ende dieses Jahres Neuwahlen vorzubereiten, um für stabilere politische Verhältnisse zu sorgen – vorausgesetzt, der Wähler ist bereit, einer der politischen Gruppen tatsächlich ein eindeutiges Mandat zu geben.

Die Zahl der Christen in Indien wird mit etwa 20 Millionen angegeben, von denen 13 bis 14 Millionen Katholiken sind und 6 bis 7 Millionen anderen Kirchen angehören. Der Schwerpunkt der Christen liegt traditionell in den südlichen Bundesstaaten Kerala und Tamil Nadu. Doch hat sich in den letzten Jahren eine gewisse Verschiebung ergeben, da in den nördlichen kleinen Staaten der Anteil der Christen gewachsen ist. Im Teilstaat Mizoram, an der Grenze zu Birma liegend, beträgt der Anteil der Christen 87 Prozent. Die Nachbarstaaten Nagaland mit 65 Prozent, Meghalaya mit 47 Prozent und Manipur mit 26 Prozent haben ebenfalls einen hohen Anteil an Christen.

Die indischen Christen sind gespalten

Das große Handicap der christlichen Kirchen ist ihre Aufspaltung in eine unübersichtliche Vielfalt von Bekenntnissen, Liturgien und kirchlichen Autoritäten in und außerhalb des Landes. Die viel gepriesenen Pionierleistungen bei der Zusammenführung von ehemals getrennten protestantischen Kirchen, für die die *Kirche von Südindien* (CSI) und die *Kirche von Nordindien* (CNI) stehen, verblassen angesichts der bleibenden Schwierigkeiten und der Stagnation, die im Einigungsprozeß aufgetreten sind. Innerhalb der katholischen Christen in Indien sind die Spannungen in den Fragen des Kirchenverständnisses und der liturgischen Riten zwischen der syromalabarischen und syromalankarischen Kirche einerseits und der lateinischen Kirche andererseits trotz vieler Initiativen des Papstes und der Ostkirchenkongregation nicht ausgeräumt. So fand im Januar anlässlich des Ad-Limina-Besuches der syromalabarischen Bischöfe in Rom eine einwöchige Synode statt, bei der es um Liturgie

und Priesterausbildung ging. Auch wenn kein offizielles Schlußdokument veröffentlicht wurde, wurde doch durch Interviews der Teilnehmer bekannt, daß die Unstimmigkeiten unter den Bischöfen über die Fragen der Liturgie nicht ausgeräumt werden konnten.

Es besteht weiterhin Uneinigkeit darüber, ob die Erneuerung der ostsyrischen Liturgie Kürzungen der liturgischen Feier, die Hinwendung des Zelebranten zum Volk und andere Veränderungen umfassen soll, wie dies die Mehrheit der Bischöfe und der Laien anstrebt, oder ob die Rückkehr zu den ursprünglichen Formen der alten syrischen Liturgie – dies der Wunsch einiger Bischöfe und der Ostkirchenkongregation – das eigentliche Ziel sein soll. Auseinandersetzungen mit der lateinischen Kirche gibt es auch, was die Errichtung eigener Eparchien (Diözesen) für die orientalischen Kirchen außerhalb Keralas in anderen Teilen Indiens angeht. Durch die Errichtung jeweils eigener Bischofskonferenzen für die drei Riten plus einer gemeinsamen nationalen Bischofskonferenz wurde die Zahl der Gremien zwar vermehrt, die Kooperation auf nationaler Ebene aber eher erschwert. Die syromalabarische Kirche hat zwar seit einigen Jahren ein eigenes Kirchenoberhaupt mit dem Titel eines *Groß-Erzbischofs*, hat aber immer noch nicht das eigentlich angestrebte Ziel der Errichtung eines eigenen Patriarchats erreicht. Durch die Ernennung eines Päpstlichen Delegaten als Assistent des Groß-Erzbischofs wurden dessen Befugnisse noch einmal weitgehend eingeschränkt.

Innerhalb der asiatischen Kirchen haben die indischen Theologen sicher einen herausragenden Platz. Bei allen Begegnungen auf der Ebene der Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen (FABC) sind die Beiträge der indischen Theologen bei Fragen der Inkulturation und des interreligiösen Dialogs von besonderer Bedeutung. Durch die Vielzahl qualifizierter Einrichtungen, durch Zeitschriften und Bücher in englischer Sprache sind die Beiträge indischer Theologen auch vielen Theologen in anderen asiatischen Kirchen zugänglich. In den letzten Jahren zeichnet sich ein Wandel in der indischen Theologie ab. Die ersten Aufbrüche zu einer kontextuellen Theologie bezogen sich fast ausschließlich auf *hinduistisches Gedanken- und Kulturgut*. Es war, wie man heute sagt, die sanskritisch geprägte Religions- und Kulturtradition der Brahmanen, die als ursprünglich und normativ indisch angesehen wurde. Auch die indischen Beiträge zu einer Theologie der Religionen bezogen sich fast ausschließlich auf die hinduistischen Vorgaben bezüglich der Meditation, der philosophischen und theologischen Reflexion und auch des Ordenslebens (Ashram-Bewegung).

Erstaunlich ist, daß die Mehrzahl der indischen Theologen bei der Frage des interreligiösen Dialogs die Anwesenheit von über 100 Millionen Muslimen in Indien theologisch so wenig zur Kenntnis nehmen. In einem Rückblick auf die Bedeutung des Beitrags des französischen Benediktiners *Jules Monchanin* (1895–1957), mit *Henri Le Saux* (Abishiktananda) einer der Begründer der christlichen Ashram-Bewegung in Indien, machte der bekannte indische Theologe *Michael Amaladass* SJ darauf aufmerksam, daß der von

Monchanin entwickelte missionstheologische und ekklesiologische Ansatz heute nur noch wenige Anhänger unter den indischen Theologen habe (M. Amaladass: *The theological and missionary project of Monchanin in today's Indian theological context*, in: *Indian Theological Studies* 32 [1995] 306–320). Die Hochschätzung der Dhyana-Tradition, die in der abstrakten Meditation den Höhepunkt der hinduistischen und damit indischen Geistigkeit meinte erkennen zu können, sei mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf den Intellekt wenig geeignet, Modelle für die Christen und die kirchliche Mission in der heutigen indischen Gesellschaft abzugeben.

Das Hauptgewicht der indischen Theologie hat sich in die Richtung einer eher befreiungstheologisch orientierten Suche nach praktischen Modellen für eine Beseitigung der Unterdrückung der Millionen diskriminierter Menschen unter den Dalit und der Stammesbevölkerung verschoben. Gesellschaftliche Veränderung, Integration von Minderheiten und Ganzheit werden als Ziele höher geschätzt als Kontemplation. Dieser Wandel beeinflusst sowohl die theologische Reflexion wie auch die religiöse Praxis. Dies hat sicher auch mit der sozialen Herkunft der großen Mehrheit der indischen Katholiken zu tun, die aus den unteren bis untersten Schichten kommen und nur wenig Verständnis für abstrakte philosophische Gedankengebäude und theologische Reflexion haben.

Von wachsender Bedeutung sind die Beiträge *indischer Frauen* zur Theologie. Hier sind es in erster Linie protestantische Theologinnen, die Anstöße und eigenständige Beiträge zu einer indischen feministischen Theologie geleistet haben. Innerhalb der katholischen Kirche engagieren sich einige Ordensschwestern und bisher nur wenige Laientheologinnen. Den indischen Theologinnen geht es in erster Linie um die Hebung der Stellung der Frau in der Gesellschaft. Ein weiteres Charakteristikum indischer feministischer Theologie ist der Einsatz für die Bewahrung der Schöpfung in ökologischen Initiativen und Bewußtseinsbildung.

Eine wichtige Rolle spielen innerhalb der Formen indischer Befreiungstheologie die Beiträge der *Dalit-Theologie*. Mit Dalit – in Sanskrit bedeutet das Wort „zerbrochen“ oder „zerschlagen“ – bezeichnen sich seit Jahren die Angehörigen der früher oft Kastenlose oder *Pariah* genannten sozial und wirtschaftliche diskriminierten Gruppen in der indischen Gesellschaft. Lange Zeit hindurch waren die Dalit-Christen innerhalb der indischen Kirchen eine schweigende oder eher eine stumme Mehrheit. Zwar stellen sie zusammen mit den Christen aus der Stammesbevölkerung (Adivasi) mit ca. 75 Prozent die weitaus stärkste Gruppe. Ihr Anteil an den Leitungsämtern in den Kirchen sowie in den theologischen Lehranstalten war jedoch bisher verschwindend gering. Die meisten Angehörigen der Dalit verfügen immer noch über eine unzureichende Ausbildung, so daß es nicht leicht für sie ist, aus dem Getto der Kasten- und Namenlosen herauszukommen und Führungspositionen zu übernehmen. Seit einigen Jahren haben sie jedoch angefangen, eigene Organisationen aufzu-

bauen, Schulungen für ihre Mitglieder durchzuführen und ihre Wünsche und Vorstellungen zu artikulieren.

Sowohl in der protestantischen wie auch in der katholischen Kirche gibt es seit einigen Jahren aus den Kreisen der Dalit stammende Theologen, die im Rückgriff auf eine kritische Analyse ihrer Situation eigene theologische Entwürfe vorgelegt haben. In der protestantischen Kirche waren es Theologen des *Christlichen Instituts für das Studium von Religion und Gesellschaft* (CISRS) in Bangalore, die erste Entwürfe einer Dalit-Theologie veröffentlichten. Katholischerseits finden sich Ansätze in den verschiedenen Sozialinstituten und in der seit 1989 bestehenden *Christlichen Dalit-Befreiungsbewegung*, die verschiedene Initiativen auf ökumenischer Ebene zusammenführt. Wie bei ähnlichen befreiungstheologischen Ansätzen bestehen die ersten Entwürfe einer eigenständigen Dalit-Theologie zunächst eher in Postulaten und Wunschvorstellungen als in neuen ausgearbeiteten selbständigen Entwürfen. Ziel einer Dalit-Theologie soll sein, im Rückgriff auf die Heilige Schrift und auf das Leben und Sterben Jesu Christi im Verbund mit den eigenen Erfahrungen herauszufinden, wo Gott in Jesus Christus für sie als Befreier und Erlöser sichtbar und wirksam wird.

Das bleibende Dilemma der christlichen Mission

Die Dalit-Theologen lehnen nicht nur den „eurokirchlichen Christus“ (A. Pieris) der offiziellen Kirche ab, sondern auch den Hindu-Christus der indischen Ashram-Bewegung. Genauso verwerfen sie die marxistischen Instrumente der Gesellschaftsanalyse, die einige der indischen Theologen, die der Ökumenischen Vereinigung von Dritte-Welt-Theologen nahestehen, so wertvoll finden, weil die indischen Marxisten wegen ihrer mehrheitlichen Zugehörigkeit zu den höheren Kasten nicht in der Lage waren, die Kastenordnung Indiens zu begreifen, geschweige denn zu verändern.

Der bekannte evangelische Missionstheologe H. W. Gensichen wendet sich kritisch gegen die vor allem im westlichen Ausland verbreitete Tendenz, die Dalit gleichsam für das Christentum mit Beschlag zu belegen, ohne in Rechnung zu stellen, daß die Mehrheit der Dalit Hindus oder Muslime sind. Die vielen Entwürfe einer Dalit-Theologie erscheinen ihm als eine Modeerscheinung, die zur Errichtung eigener Lehrstühle und zu einer Flut von Veröffentlichungen geführt habe. Kritisch merkt er an, daß der religionspolitische Exportartikel „Dalit-Theologie“ in Deutschland als attraktiver Gegenstand für Diplomarbeiten und Dissertationen entdeckt worden sei – eine ungesunde Entwicklung, da die Behandlung dieser Thematik doch wohl besser den indischen Kirchen vorbehalten bleiben sollte (H. W. Gensichen, *Die indischen Christen*, in: *Indien: Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt*, D. Rothermund [Hrsg.], München 1995, S. 194).

Bei der 24. Generalversammlung der indischen Bischofskonferenz in Thiruvananthapuram im Februar dieses Jahres

beschäftigten sich die Bischöfe auch mit dem Problem der christlichen Dalit. Den Bischöfen ging es dabei um die Gleichstellung der christlichen Dalit mit den Angehörigen der übrigen unteren Kasten und Kastenlosen, denen gesetzlich besondere Privilegien und Sonderrechte zugestanden werden, die man den christlichen Dalit verweigert. Die Bischofskonferenz hat eine Eingabe an die indische Regierung gemacht, um endlich die rechtliche Gleichstellung der Dalit zu erreichen. Die bisherigen Versuche, eine solche Gleichstellung zu erreichen, sind immer gescheitert, weil die Regierung sich der von den Hindu-Parteien vorgebrachten Argumentation anschloß, daß sich die christlichen Dalit durch ihre Zugehörigkeit zu den Kirchen in einer sozial besseren Lage befänden als die übrigen Dalit.

Innerkirchlich ist das Problem der katholischen Dalit in der letzten Zeit immer brennender geworden. Unterstützt von den Dalit-Theologen und gestärkt durch ihre Organisation in Aktionsgruppen haben sie begonnen, sich gegen ihre Diskriminierung und Zurücksetzung innerhalb der Kirche zu wehren. Sie fordern ein Ende der Ausgrenzungen der Dalit durch die Katholiken der höheren Kasten. In einigen Kirchen in Tamil Nadu und anderswo gelten weiterhin besondere Vorschriften in der Sitzordnung, beim Kommunionempfang, in der Mitarbeit in den Pfarreien, in der Friedhofsordnung etc., durch die sich die Dalit diskriminiert fühlen. Die Zahl der Dalit unter den Priestern ist verschwindend gering, im Episkopat sind sie gerade mit zwei Bischöfen vertreten. Immerhin haben die Bischöfe bei ihrer Vollversammlung im Februar 1996 beschlossen, für die christlichen Dalit in kirchlichen Institutionen und Schulen bestimmte Quoten festzusetzen, um ihnen eine bessere Ausbildung und Berufsmöglichkeiten zu sichern.

Das Buch des bekannten indischen Journalisten *Arun Shourie*: „Missionare in Indien, Kontinuitäten, Wandlungen und Dilemmas“, das 1994 erschien, hat zu einer lebhaften Diskussion über die Bewertung der christlichen Mission in Indien geführt. Der Autor war bei einem Studienseminar der

bischöflichen Kommission für Soziale Kommunikation aus Anlaß des 50jährigen Jubiläums der Errichtung der indischen Bischofskonferenz eingeladen worden, zu dieser Thematik aus der Sicht eines Hindus zu sprechen. Shourie kritisiert die christlichen Kirchen, indem er auf ihre Besessenheit von Statistiken hinweist, mit denen sie belegten, daß es ihnen immer noch gelinge, neue Konvertiten zu gewinnen. Die Kirchen setzten immer stärker auf ihre Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser, Waisenhäuser, Sozialstationen, Presseerzeugnisse, d. h. auf materielle Dinge. Spirituelle und religiöse Belange verschwinden demgegenüber für den Hindu-Beobachter immer mehr aus den Augen.

Die Kritik Shouries richtet sich grundsätzlich gegen das Ziel der Bekehrung, die von den Hindus als Attacke gegen ihre eigene Identität verstanden wird. Er bemüht viele Zitate aus den letzten zweihundert Jahren, um zu belegen, wie Missionare und englische Administratoren nicht müde wurden, den Hinduismus und große Bereiche der indischen Kultur als dekadent und dem Untergang preisgegeben darzustellen. Nach der Entstehung des unabhängigen Indien hätten die christlichen Kirchen zwar Änderungen in ihrem Ansatz und ihrer Sprechweise vorgenommen. Shourie erwähnt neuere Einsichten in der christlichen Theologie, die auf der einen Seite die anderen Religionen neu bewerteten, und Anstöße aus der Theologie der Befreiung, die die Anliegen der Dalit und der Stammesbevölkerung in den Mittelpunkt rückten. Shourie würdigt die Bestrebungen für Kontextualisierung und Inkulturation seitens der indischen christlichen Kirchen. Aber er weist auf ein offensichtliches Dilemma hin, wenn er Kardinal Tomko zitiert, der 1991 Indien als das Epizentrum aller Häresien ausgemacht habe, weil die indischen Theologen dem missionarischen Elan der indischen Kirche den Garaus gemacht hätten. Das Dilemma besteht für ihn zwischen der erklärten Bereitschaft, die anderen Religionen zu achten und mit ihnen in einen Dialog einzutreten, und dem Festhalten an der Bekehrung möglichst vieler Angehöriger dieser Religionen.

Georg Evers

Kurzinformationen

Schlagabtausch mit FDP-Generalsekretär Westerwelle zum Staat-Kirche-Verhältnis

Der scheidende Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler*, wies in einem KNA-Interview (1.6.96) Überlegungen von FDP-Generalsekretär *Guido Westerwelle* zur Reform der Staat-Kirche-Be-

ziehungen in Deutschland zurück, die dieser in einem Interview mit der evangelischen Presseagentur *Idea* geäußert hatte (11.4.96). Zu der von Westerwelle angekündigten „öffentlichen Debatte“ über dieses Thema werde es schon deshalb kommen, so Schätzler, „weil ein Teil der Politiker nicht mehr in der Lage ist, sowohl die historischen Gründe wie auch die gesellschaftlichen Entwicklungen zu

durchschauen, in der rechten Weise einzuordnen und zu werten“. Westerwelle hatte den umstrittenen Hamburger Parteitagebeschuß der FDP von 1974 als weiterhin gültig bezeichnet. Die Liberalen anerkannten die Rolle der Kirche in der pluralistischen Gesellschaft und die „Mitverantwortung der Kirchen und anderer Religionsgemeinschaften für die Gestaltung des Zusammenlebens in Staat und Gesell-